



## Einwohnergemeinde Hofstetten-Flüh

### PROTOKOLL

Einwohner-Gemeindeversammlung vom 16. Dezember 2008, 19.30 Uhr,  
Mehrzweckhalle 'Mammut', Hofstetten

---

Vorsitz:	Deborah Fischer, Gemeindepräsidentin	
Protokoll:	Verena Rüger, Gemeindeschreiberin	
GR/Verw.:	Peter Boss	
	Donat Fritsch	
	Wolfgang Neuenschwander	
	Astrid Röthlisberger	
	Hans Schneiter	
	Tanja Steiger	
	Bruno Benz, Finanzverwalter	9
Stimmberechtigte	Einwohnerinnen/Einwohner:	<u>313</u>
	Total	321

Im Verlauf der Versammlung stossen weitere Stimmberechtigte hinzu – andere verlassen die Versammlung vor deren Ende. Da die Entscheidungen eindeutig gefällt werden, wird auf das Nachzählen aller anwesenden Stimmberechtigten verzichtet.

Eingeladen:	Roland Ebner, Bauverwalter
Pressevertreter:	Basler Zeitung + Basellandschaftliche Zeitung

---

### TRAKTANDEN:

1. Wahl der Stimmzähler
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung
3. Genehmigung eines Kredits von Fr. 144'000 für die Planung und Durchführung eines Architektenwettbewerbes „Neubau Primarschulhaus“ im Ortsteil Hofstetten
4. Genehmigung eines Rahmenkredits von Fr. 2'200'000 für die Erstellung einer neuen Sportanlage auf dem Chöppli
5. Genehmigung eines Bruttokredits von Fr. 1'610'000 (netto Fr. 565'000) für die Strassensanierung und den Ersatz der Wasserleitung „Alte Hofstetterstrasse“ in Flüh
6. Genehmigung eines Bruttokredits von Fr. 154'000 für den Bau der Kanalisation „Auf der Platten, Ost“ in Hofstetten

7. Voranschlag 2009:
  - a) Festsetzung des Teuerungsausgleichs für das Gemeindepersonal
  - b) Genehmigung der Voranschläge der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung
  - c) Festsetzung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen
  - d) Information über die mittel- bis langfristige Finanzplanung 2009 – 2019
8. Bau- und Planungskommission: Genehmigung des Zusammenschlusses und der entsprechenden Änderung der Gemeindeordnung
9. Verschiedenes

## 1. Wahl der Stimmenzähler

Als Stimmenzähler werden einstimmig gewählt:

Konrad Gschwind:	Rechter Block Vorne
Marie-Therese Oser:	Rechter Block Mitte
Alfred Schneiter Sen.:	Rechter Block Hinten
Alfred Scheiwiler:	Linker Block Vorne und GR-Tisch
Bernhard Stöckli:	Linker Block Mitte
Daniel Handschin:	Linker Block Hinten

## 2. Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung

Das Protokoll der Versammlung vom 10. Juni 2008, welches während der Einladungszeit auf der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme auflag, wird einstimmig genehmigt.

## 3. Genehmigung eines Kredits von Fr. 144'000 für die Planung und Durchführung eines Architektenwettbewerbes „Neubau Primarschulhaus“ im Ortsteil Hofstetten

Nachdem Deborah Fischer-Ahr der Versammlung den Antrag des Gemeinderates erläutert hat, tritt diese auf das Traktandum ein.

Die Gemeinderätin Ressort Bildung, Astrid Röthlisberger, und der Gemeinderat Ressort Hochbau, Peter Boss, informieren über den Raumbedarf im Zusammenhang mit der Umsetzung der Schulreformen sowie den baulichen Zustand des heutigen Primarschulhauses in Hofstetten.

Das Gebäude ist vollständig sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen. Der Anbau weist im Untergeschoss kalte, feuchte Böden und Wände mit Tendenz zur Schimmelbildung auf. Die dortigen zwei Schulzimmer liegen unter Aussenterrainhöhe und bieten daher keine angenehme Arbeitsatmosphäre. Die sanitären Anlagen des Schulhauses sind veraltet und entsprechen nicht den heutigen Standards. Umfassender Sanierungsbedarf besteht ebenfalls bei der Elektroinstallation des alten Schulgebäudes. Aufgrund des hohen Alters müsste in absehbarer Zeit zudem die Heizungsanlage total erneuert werden. Hinzu kommen weitere Mängel wie z.B. undichte Fenster. Der gesamte Sanierungsbedarf des Gebäudes beläuft sich auf rund 2 Mio. Franken, ohne dass zusätzlicher Unterrichtsraum geschaffen würde. Die räumliche Situation ist längst ungenügend, insbesondere seit der Einführung der Blockzeiten. Klassenzimmer und Werkraum sind zu eng und unpraktisch. Auch sind zu wenig Ablageflächen und Einbauschränke vorhanden. Es fehlen dringend benötigte Neben- und Gruppenräume.

Der Abteilungsunterricht muss teilweise in den Gängen stattfinden. Förderstunden werden im Lehrerzimmer erteilt oder werden ganz ausgelagert. Unterrichtsstunden müssen wegen der Raumnot ins Probelokal im Mammut verlegt werden, was einen nicht zu unterschätzenden Zeitverlust

bedeutet. Für die Lehrpersonen fehlen geeignete Aufenthalts-, Arbeits- und Sitzungszimmer. Der Pausenhof lässt bezüglich Standort und Grösse zu wünschen übrig. Die Hauptgründe für den Bedarf an neuem Schulraum liegen darin, dass sich die Bildungslandschaft verändert hat und noch weiter stark verändern wird. Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, die Rahmenbedingungen für die Reformen im Schulbereich bereitzustellen. Beim Primarschulhaus Flüh können diese mit baulichen Anpassungen zu einem späteren Zeitpunkt aufgefangen werden.

Betreffs der Schülerzahlen ist wegen der Auflösung der Einführungsklasse und dem Start der integrativen Schulung Stabilität voraussehbar. Es können in den nächsten Jahren alle Klassen mit einer Grösse von etwa 20 Schülerinnen und Schüler weitergeführt werden.

Die nachfolgenden Schulreformen sind eingeleitet oder kommen auf die Gemeinde zu: Integration (2010), Frühfranzösisch (2011), Frühenglisch (2013), Basisstufe (2016), Sek 1 Reform (2016) und Tagesstrukturen. All diese Umsetzungen erfordern zusätzliche Schulräume: Nebenräume für die heilpädagogische Betreuung, Gruppenräume sowie grössere Klassenzimmer.

Trotz einer gründlichen Sanierung kann das jetzige Schulgebäude mit seinem Standort mitten im Dorfzentrum nicht den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen entsprechend umgebaut werden. Ein Neubau ist aufgrund eines massiv besseren Kosten-Nutzungsverhältnisses einer Sanierung des heutigen Schulhauses vorzuziehen. Beim Bau der Mehrzweckhalle vor rund 28 Jahren wurde das Gelände nördlich des ‚Mammut‘ in weiser Voraussicht für ein neues Schulhaus reserviert. Dieses Gelände liegt in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen.

Für die Ausschreibung des Wettbewerbs sind folgende Schritte vorgesehen:

1. Bildung einer Arbeitsgruppe / Jury bestehend aus 8 bis max. 11 Personen. Die Jury soll aus Vertretern des Ressorts Hochbau, der Schule, der Ortsparteien bestehen. Nach Möglichkeit wird ein lokaler Architekt miteinbezogen.
2. Erarbeitung der definitiven Kubatur- und Planunterlagen
3. Erstellen des Terminplanes
4. Erstellen der Ausschreibungsunterlagen für den Wettbewerb
5. Präqualifikation, Beurteilung, Empfehlung
6. Erstellen der Berichte zuhanden des Gemeinderates
7. Erstellen der Präsentationen für die Öffentlichkeitsarbeit

Das zweistufige Verfahren mit Präqualifikation, Empfehlung an den Gemeinderat und schlussendlich zuhanden der Gemeindeversammlung basiert im Wesentlichen auf den üblichen kantonalen Richtlinien und Empfehlungen für den Bau von öffentlichen Bauten und Anlagen. Dieses Vorgehen und die anschliessende Umsetzung beanspruchen einen Zeitrahmen von ca. 12 Monaten.

Monika Eigenmann verliert die Empfehlung der Ortspartei FdP. Aufgrund

der rasanten Entwicklung, Internet, Globalisierung etc. sind die Anforderungen anders als noch vor 30 Jahren. Daher sind die Schulreformen dringend nötig und werden befürwortet. Die FdP fordert die Vorlage einer Basis-Variante und keinen Luxusbau.

Hannes Wallier: Der Ersatz des Schulhauses ist unbestritten. Herr Wallier bemängelt jedoch, dass nicht ein Schulhaus für beide Ortsteile geplant wird. Er vertritt die Ansicht, dass bei einer gemeinsamen Schule auf Vorkommnisse besser reagiert werden kann. Zudem kenne er keine Gemeinde dieser Grösse, die sich den Luxus leistet, zwei Schulhäuser zu führen.

Unbestritten könnten mit nur einem Schulstandort bessere Voraussetzungen geschaffen werden. Anlässlich des Mitwirkungsverfahrens haben die Einwohnerinnen und Einwohner von Hofstetten-Flüh aber klar signalisiert, dass an beiden Standorten festgehalten werden soll.

Jacqueline Aston erkundigt sich hinsichtlich der Baukosten für das Schulhaus.

Peter Boss antwortet, dass zum heutigen Zeitpunkt diese Summe nicht genau beziffert werden kann. Die Arbeitsgruppe wird sich jedoch intensiv und detailliert mit dieser Frage auseinandersetzen.

Daniel Handschin erachtet die Kosten für den Wettbewerb zu hoch. Er möchte wissen, wie mit dem Kredit von Fr. 144'000 umgegangen wird. Gleichzeitig erkundigt er sich, ob die Mitglieder der Arbeitsgruppe schon benannt seien.

Die Arbeitsgruppe muss noch gebildet und die sich zur Verfügung stellenden Personen gewählt werden. Peter Boss ermuntert Daniel Handschin, in der Arbeitsgruppe mitzuarbeiten und sein Wissen aus der Baubranche einzubringen.

Christoph Wagner fordert, dass die Pro-Kopfverschuldung nicht Fr. 5'000 übersteigen sollte.

Nach Beantwortung der Fragen lässt D. Fischer-Ahr über den Antrag des Gemeinderats abstimmen.

**Beschluss:** Mit 268 Ja, bei 15 Nein und 38 Enthaltungen, bewilligt die Versammlung einen Kredit von Fr. 144'000 für die Planung und Durchführung eines Architekten-Wettbewerbes „Neubau Primarschulhaus“ im Ortsteil Hofstetten.

4. Genehmigung eines Rahmenkredits von Fr. 2'200'000 für die Erstellung einer neuen Sportanlage auf dem Chöpfli

---

Deborah Fischer-Ahr legt den Antrag des Gemeinderates dar. Das Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Boss schildert in chronologischer Reihenfolge die bisherige Entwicklung des Sportplatzes Chöpfli:

1952 hat die Bürgergemeinde Hofstetten-Flüh dem Sportclub Soleita das Gelände auf dem Chöpfli verpachtet. Der Verein hat in Fronarbeit das Spielfeld erstellt und in Eigenregie erweitert. Im Jahre 2001 hat die Einwohnergemeinde Hofstetten-Flüh von der Bürgergemeinde das Areal käuflich erworben und hat dieses in die Zone für öffentliche Anlagen und Bauten überführt. Kaum im Besitz der Einwohnergemeinde wies im Dezember 2001 das kantonale Bau- und Justizdepartement auf den gesetzeswidrigen Zustand des Platzes hin. Insbesondere wurden der sich in der Waldrandzone befindende Schopf sowie der Zaun innerhalb des Waldes bemängelt. Auf Zusehen und in gütlicher Absprache mit dem Kanton als auch dem Revierförster wird der momentane, gesetzeswidrige Zustand noch toleriert in der Annahme, dass die geplante Sanierung des Sportplatzes zügig voran getrieben wird. Zudem müssen immer wieder Vandalenakte, Diebstahl und Wildschweinschäden verzeichnet werden. Kritisch wird auch auf das erhöhte Unfallrisiko infolge des Terrains des Trainingsfeldes hingewiesen. Das Sportgelände auf dem Chöpfli genügt den heute gültigen und verbandskonformen Reglementen nicht mehr. Nur aufgrund einer vorübergehenden Ausnahmegewilligung durch den Fussballverband darf das heutige Gelände für den regulären Spielbetrieb noch genutzt werden.

Die Arbeitsgruppe „Sport- und Freizeitanlage Chöpfli“ hatte in der Zeit von 2001-2004 bereits ein erstes Detailprojekt mit Varianten ausgearbeitet. Einbezogen wurden auch damals schon die kantonalen Stellen, damit kritischen Punkten frühzeitig mit umsetzbaren Lösungsszenarien begegnet werden konnte. Diese Arbeiten wurden in einem abschliessenden detaillierten Projektdossier in der GR Sitzung am 15. November 2004 präsentiert und zur Realisation vorgeschlagen. Aufgrund der damals weit fortgeschrittenen Gespräche mit der Gemeinde Bättwil und der Option einer regionalen Sportanlage in Bättwil sind weitere Arbeiten am kommunalen Projekt „Chöpfli“ eingestellt worden.

Im März 2007 wurde der Ausstieg der Gemeinde Bättwil aus dem gemeinsamen Projekt Tatsache. Gespräche mit anderen Solothurner Gemeinden verliefen nicht in die gewünschte Richtung. Zwei Jahre wertvoller Arbeit sowie eine einmalige Chance zur Verwirklichung einer regionalen Sportzone gingen damit verloren. Der Gemeinderat reagierte schnell und hat mit Beschluss vom 15. Januar 2008 der Arbeitsgruppe den Auftrag erteilt, das kommunale Projekt erneut zu bearbeiten. Die angefragten kantonalen Fachstellen haben keine wesentlichen Mängel bei der Vorprüfung der überarbeiteten Projektunterlagen beanstandet. Aufgrund der damaligen und auch heute noch gültigen Abklärungen durch die Arbeitsgruppe hat der GR den Beschluss vom 27. Mai 2003 aufrecht erhalten, „die Projektverantwortung und Bauherrschaft bleiben bei der Einwohnergemeinde, da leider nur unwesentliche kantonale Subventionen in der Höhe von Fr. 10'000 zu erwarten sind“.

Seit 56 Jahren betreibt der FC Soleita eine verlässliche Nachwuchsarbeit und gibt vielen Jugendlichen ein soziales Netzwerk mit tollen Perspekti-

ven. Aktuell zählt der Verein mehr als 130 Mitglieder, betreut zurzeit 40 Jugendliche und engagiert sich regelmässig bei dorfinernen Anlässen. Aufgrund der Tatsache, dass die momentanen Sport- und Spielgelände

längst nicht mehr den geforderten minimalen Verbandsstandards genügen, ist diese wertvolle Arbeit stark gefährdet. Fussball gehört zu den wenigen Sportarten, die auf der ganzen Welt etabliert sind und eine grosse Anzahl Jugendlicher und Erwachsener (Mädchen, Buben, Frauen und Männer) jederzeit begeistert. Zudem sei zu Recht erwähnt, dass Fussball nicht nur einer momentanen und vorübergehenden Trendwelle unterliegt. Leider nehmen die Fussballvereine in den umliegenden Dörfern nur noch ausnahmsweise Nachwuchsfussballer aus unserer Gemeinde auf, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt. Der SC Soleita ist nur mit einer attraktiven Infrastruktur in der Lage, genügend Personal für die Führung der Juniorenabteilung zu gewinnen. Daher ist es erforderlich, die Sanierung der Sportzone umgehend an die Hand zu nehmen.

Der Kreditantrag über Fr. 2.2 Mio. beinhaltet einmalig Kosten für die Spielfeldinfrastruktur (1x Haupt- 1x Nebenspielfeld) inkl. Erschliessung, Beleuchtung, Parkplätzen etc. Der Spiel- und Trainingsbetrieb ist wie bisher möglich, indem die Garderobeninfrastruktur im Mammut genutzt wird. In Absprache wird der Verein ein Clubhaus mit Garderobenräumlichkeiten in Eigenregie zonenkonform innert ca. 5 Jahren selber erstellen.

Wiederkehrende Kosten für den Unterhalt der Anlage werden mit ca. Fr. 60'000 veranschlagt. Wie bisher üblich wird der Verein einen massgeblichen Teil des Unterhaltes der Spielflächen selber erbringen. Dadurch reduziert sich der Aufwand erheblich. Die jährlichen Mehrkosten betragen, verglichen mit der aktuellen Situation, ca. Fr. 20'000.

Patrick Hoster betont die Wichtigkeit, soziale Leistungen zu erbringen. Er hat nichts gegen die Sanierung des Sportplatzes einzuwenden, findet jedoch Fr. 2.2 Mio. seien masslos übertrieben.

Namens der Ortspartei FdP nimmt Markus Kaiser Stellung zum Projekt. Diese unterstützt das Bauvorhaben. Die Absicht, den Club in die Verantwortung zu nehmen, sei gut und richtig. Es sei jedoch ungewiss, ob der Sportclub Soleita in der Lage sei, das Garderobengebäude wie vorgesehen zu realisieren. Daher wird vorgeschlagen, dass sich der Verein wie bisher an den Unterhaltsarbeiten beteiligt. Als negativer Aspekt werden die Fahrten vom Mammut zum Fussballplatz und retour gewertet.

Markus Kaiser beantragt, den Bau einer gemeindeeigenen einfachen Garderobe- und Duschanlage zu prüfen und der Gemeindeversammlung im Sommer 2009 zur Genehmigung vorzulegen.

Die Gemeinde hat für die Studie und die Umsetzung von Massnahmen zu Verkehrsberuhigung Gelder gesprochen. In diesem Zusammenhang erkundigt sich Jean-Paul Stöckli, wie die Verkehrsführung „Mammut – Sportplatz“ aussieht. Er befürchtet ein grösseres Verkehrsaufkommen. Bereits heute fahren die Sportler vom Mammut zum Sportplatz und umgekehrt. Es wird nicht mit mehr Verkehr gerechnet.

Magdalena Bertele begrüsst die Sanierung der Sportanlage, erkundigt sich jedoch, wie hoch die investierten Kosten bei der regionalen Sportanlage waren.

Die Gemeindeversammlung hat am 19. Dezember 2002 für die Projektstudie Chöpfl Fr. 90'000 genehmigt. Wie Peter Boss ausführt, wurden die Kosten aus diesem Kredit bestritten. Er weist gleichzeitig darauf hin, dass der Kredit nicht ausgeschöpft ist.

Stefan Hoch bekundet Mühe, dass der Platz nur für Fussball zur Verfügung steht. Die Schule sollte Sporttage durchführen können. Zu Beginn der Planung wurden bei den verschiedenen Vereinen und der Schule die Bedürfnisse abgefragt. Selbstverständlich kann die Schule einen Sporttag auf der Anlage durchführen.

Heinz Schwyzer vertritt dieselbe Meinung wie Markus Kaiser und bekräftigt, dass trotz aller Bemühungen und Bestrebungen der Sportclub nicht in der Lage ist, das Garderobengebäude in 5 – 6 Jahren zu realisieren. Daher soll der Sportclub für den Unterhalt der Anlage und des Vereinsgebäudes verantwortlich sein.

Hans Oser merkt an, dass alle Vereine und Gruppierungen gleich behandelt werden sollten. Der Sportclub Soleita habe Anrecht auf eine Grundausrüstung. Die Gemeinde erstellt den Rohbau und der Verein ist für den Ausbau besorgt. Im Weiteren müssen die Eigentumsverhältnisse und die Nutzung klar geregelt werden.

Wie der Präsident des Sportclubs Soleita, Jvo Doppler ausführt, besteht der Verein nicht nur aus einer Fussballabteilung. Es wird auch eine Gymnastikgruppe und eine Rollschuhabteilung geführt. Er bekräftigt nochmals den Willen und die Absicht des Vereins, die Finanzierung und Erstellung eines Clubhauses mit integrierten Garderobenräumlichkeiten selbst an die Hand zu nehmen. Aus seiner Sicht sind für den Fortbestand des Fussballvereines nicht ein Clubhaus massgebend, sondern gute Trainingsinfrastrukturen. Werden diese nicht geboten, wandern die Mannschaften gezwungenermassen in die Nachbargemeinden ab. Zudem ist er überzeugt, dass die Wertschätzung der Jugendlichen eine andere ist, wenn sie eigenhändig beim Erstellen mitgewirkt haben. Aufgrund der topographischen Verhältnisse, 7.20 Meter Höhendifferenz, sind Erdverschiebungen notwendig. Diese schlagen sich bei den Kosten nieder. Seit 25 Jahren wird in enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat nach einer zufriedenstellenden Lösung gesucht. Der Verein hat die bestehende Anlage inklusive Beleuchtung selbst erstellt. Jährlich werden 500 Stunden in den Unterhalt investiert.

Daniel Handschin merkt an, dass der Betrag von Fr. 2.2 Mio. das Clubhaus beinhalten sollte.

Urs Bühler äussert sich skeptisch in Bezug auf den Standort. Aufgrund der Distanz Dorf – Sportanlage befürchtet er ein höheres Verkehrsaufkommen.

Kaspar Eigenmann kann die Haltung des Sportclubs gut nachvollziehen. Jetzt wo das Projekt zur Genehmigung vorliegt, wäre jedoch mit dem Verzicht auf das Clubhaus am falschen Ort gespart.

Deborah Fischer-Ahr lässt über den Antrag von Markus Kaiser abstimmen:

Beschluss: Mit grossem Mehr, bei 75 Nein und einigen Enthaltungen, stimmt die Versammlung dem Antrag von Markus Kaiser zu. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Bau einer gemeindeeigenen einfachen Garderoben- und Duschanlage zu prüfen und der Gemeindeversammlung im Sommer 2009 zur Genehmigung vorzulegen.

Im Anschluss stimmt die Gemeindeversammlung über den Antrag des Gemeinderates ab.

Beschluss: Mit 286 gegen 24 Stimme, bei 21 Enthaltungen, bewilligt die Gemeindeversammlung einen Rahmenkredit von Fr. 2'200'000 für die Erstellung einer neuen Sportanlage auf dem Chöpfl.

Nach der Beratung dieses Geschäftes verlassen bedauerlicherweise etliche Besucher die Versammlung.

5. Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1'610'000 (netto Fr. 565'000) für die Strassensanierung und den Ersatz der Wasserleitung „Alte Hofstetterstrasse“ in Flüh

---

Nach dem Eintretensbeschluss legt Donat Fritsch das Geschäft dar und informiert, dass aufgrund eines Berechnungsfehlers die Kosten für die Wasserleitung tiefer ausfallen, als in der Investitionsrechnung aufgelistet. Gemäss Neuberechnung betragen die Bruttokosten Fr. 324'000 und die Nettokosten Fr. 284'000.

Bereits im Jahr 1976 wurde die Sanierung thematisiert. Im Jahr 1990 lehnte die Gemeindeversammlung den Antrag des Gemeinderates, die Strasse zu sanieren, erneut ab. Die Strasse präsentiert sich in einem äusserst schlechten Zustand. Die Strassenentwässerung ist ungenügend und die Entwässerungsschächte sind teilweise abgesunken. Die Belagsoberfläche ist teilweise beschädigt, da der Strassenkoffer ungenügend ist.

Aufgrund des desolaten Zustandes, der die notwendigen Reinigungsarbeiten und den Winterdienst erheblich erschwert, ist jetzt eine Sanierung der Strasse unumgänglich. Ferner haftet die Gemeinde bei einem Unfall, der auf mangelnden Unterhalt zurückzuführen ist. Im Zusammenhang mit der Strassensanierung wird gleichzeitig die bestehende Wasserleitung ersetzt.

Die steigende Anzahl der Wasserleitungsbrüche zeigt, dass sich ein Ersatz auch aus Unterhalts- und Qualitätsüberlegungen aufdrängt.

Nach drei Orientierungsversammlungen hat der Gemeinderat am 14. August 2007 beschlossen, das Beitragsverfahren durchzuführen und während dreissig Tagen öffentlich aufzulegen. Während der Auflagefrist gingen 36 Einsprachen ein. Der Gemeinderat hat diese behandelt und mit Beschluss vom 27. November 2007 vollumfänglich abgewiesen. Anschliessend haben drei Parteien bei der kantonalen Schätzungskommission Beschwerde erhoben. Mit Urteil vom 07. Mai 2008 wurden diese als unbegründet abgewiesen. Eine Partei hat das Urteil angefochten und an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Das Verwaltungsgericht hat mit Urteil vom 30. Oktober 2008, eröffnet am 12. November 2008, aufgrund der besonderen Lage (Erschliessung talstrassenseits) das Urteil der Schätzungskommission aufgehoben.

Alfred Scheiwiler weist darauf hin, dass die Anstösser den Ausbau nach wie vor nicht wollen. Zudem stösst er sich an den zu entrichtenden Beiträgen.

Aufgrund der Orientierungsversammlungen wurde das Strassenprojekt redimensioniert. Wie Roland Ebner ausführt, entspricht das vorliegende Projekt dem heutigen Strassenprofil.

Hanspeter Schoop merkt an, dass sich alle Grundeigentümer an die Erstellungskosten von Erschliessungswerken zu beteiligen hätten. Die Beitragspflicht sei in den kantonalen Gesetzen sowie den kommunalen Reglementen festgehalten. Hans Oser stimmt Hanspeter Schoop zu und gibt zu bedenken, dass die Höhe der Beiträge eine Folge des Herausschiebens ist.

Fritz Haldemann interveniert, der Bauverwalter wisse ganz genau, dass die Anstösser auch das vorliegende Projekt nicht goutieren.

Der Antrag des Gemeinderats gemäss Seite 6 der Botschaft wird verlesen.

**Beschluss:** Mit grossem Mehr bei 55 Gegenstimmen genehmigt die Gemeindeversammlung einen Bruttokredit von Fr. 1'514'000 (netto Fr. 469'000) für die Strassensanierung und den Ersatz der Wasserleitung „Alte Hofstetterstrasse“ in Flüh.

#### 6. Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 154'000 für den Bau der Kanalisation „Auf der Platten, Ost“ in Hofstetten

---

Im rechtsgültigen Generellen Entwässerungsplan (GEP) der Gemeinde Hofstetten-Flüh ist die Entwässerung der rückwärtigen Grundstücke der Gemeindestrasse „Auf der Platten“ in die Mariasteinstrasse vorgesehen. Diese Leitung soll nun erstellt werden.

Das Eintreten wird beschlossen. Donat Fritsch erläutert das Geschäft.

Da einer der Grundstückseigentümer ein Baugesuch für die Überbauung seiner Parzelle eingereicht hat, muss für die Erschliessung innerhalb der

Bauzone die Kanalisation erstellt werden. Die Grundeigentümer bzw. die Beitragspflichtigen der hinterliegenden Parzellen wurden durch die Bauverwaltung über das Projekt und die zu erwartenden Kosten informiert.

Das Wort wird nicht verlangt.

**Beschluss:** Einstimmig bewilligt die Versammlung einen Kredit von Fr. 154'000 für den Bau der Kanalisation „Auf der Platten, Ost“ in Hofstetten.

7. Voranschlag 2009:
- a) Festsetzung des Teuerungsausgleichs für das Gemeindepersonal
  - b) Genehmigung der Voranschläge der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung
  - c) Festsetzung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen
  - d) Information über die mittel- bis langfristige Finanzplanung
- 

Anlässlich zweier ganztägiger Klausurtagungen hat sich der Gemeinderat zusammen mit den Kommissionspräsidenten und den leitenden Gemeindefachmitarbeitenden intensiv mit Sparmöglichkeiten in den einzelnen Bereichen auseinandergesetzt.

Da das Eintreten auf das Traktandum unbestritten ist, übergibt Deborah Fischer-Ahr der Ressortverantwortlichen Finanzen, Tanja Steiger, das Wort.

Tanja Steiger freut sich trotz aller Widrigkeiten und dringlicher Investitionen ein ausgeglichenes Budget 2009 vorlegen zu können.

Vor einem Jahr hat der Gemeinderat den Auftrag der Bevölkerung entgegengenommen, im Budget 2009 CHF 800'000 gegenüber dem Voranschlag 2008 einzusparen. Deborah Fischer-Ahr informiert, dass beim Pflegewohnheim Flühbach das Defizit rund Fr. 200'000 betragen wird und nicht wie angenommen Fr. 100'000. Jede Kommission hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Zielerreichung beigetragen. Weiteres, mittelfristiges Einsparungspotential wird laufend abgeklärt. Insbesondere in der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit, sieht der Gemeinderat noch Verbesserungspotential. Die Machbarkeit hängt jedoch stark vom politischen Willen aller Gemeinden des solothurnischen Leimentals ab.

Auf einen Leistungsabbau (z.B. Reduktion des Winterdienstes, Abstellen der Strassenbeleuchtung in der Nacht u.ä.) wurde bewusst verzichtet, da sich solche Massnahmen negativ auf die Standortattraktivität und somit mittelfristig auch negativ auf die Finanzlage auswirken.

Die aktiven Sparbemühungen werden leider getrübt durch die Zunahme der gebundenen Ausgaben, die nicht beeinflussbar sind. So werden im

kommenden Jahr die Lehrersubventionen um 2 Punkte auf 23% reduziert und die Löhne bei Lehrern und Gemeindepersonal um 2,7% angehoben. Anfangs 2008 wechselte das Sonderschuldossier von der Invalidenversicherung zum Kanton. Dies bedeutet, dass sich die Einwohnergemeinden

an höheren Kosten der Sonderbeschulung zu beteiligen haben. Der vom Kanton prognostizierte Aufwand aufgrund des seit 1. Januar 2008 gültigen neuen Sozialgesetzes beläuft sich auf etwa 550 Franken pro Einwohner, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von über 8% entspricht.

Als weitere Dienstleistung bietet die Gemeinde ab Januar 2009 SBB-Tageskarten an. Die Tageskarten werden kostendeckend verkauft.

Der zu 99% veranlagte bereinigte Steuerertrag im Jahr 2006 beträgt CHF 11,4 Mio. Im Jahr 2007 gehen wir aufgrund der heutigen Erkenntnisse von einem sehr erfreulichen Steuerzuwachs von 5%, im Jahr 2008 von gut 2% aus. Unter Berücksichtigung des Minderertrages von CHF 850'000 aufgrund der kantonalen Steuergesetzrevision sowie der Annahme eines wegen der Finanzkrise nicht ganz so optimistischen Zuwachses für das kommende Jahr ergibt sich bei den natürlichen Personen ein prognostizierter Steuerertrag von CHF 11,5 Mio. Franken.

Bruno Benz geht den Voranschlag der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung bereichsweise durch. Er zeigt dazu PowerPoint-Folien, welche den Nettoaufwand im Jahresvergleich der Rechnungen 2006, 2007 und der Budgets 2008 und 2009 beinhalten. Bei einzelnen Konti wird auf Besonderheiten hingewiesen. Diese werden im Detail erläutert. Die diversen Fragen der Versammlungsteilnehmenden werden laufend von ihm und der zuständigen Ressortchefin des Gemeinderates beantwortet.

Hanspeter Schoop sieht in der mittelfristigen Kündigung des Sitzungszimmers im Raiffeisenhaus ein weiteres Einsparungspotential.

Deborah Fischer-Ahr antwortet, dass zeitgleich mit den Gemeinderatssitzungen im Probelokal Musikproben stattfinden, was störend wirkt. Im Weiteren moniert Hanspeter Schoop den Kostenanstieg bei der Bauverwaltung. Er hat den Eindruck dieser Verwaltungszweig werde aufgebläht. In den 80er-Jahren sei ein Mehrfaches an Baugesuchen zu behandeln gewesen und dies im Nebenamt. Zudem verfolge die Bauverwaltung Garantarbeiten nicht konsequent. Wie Deborah Fischer-Ahr mittels eines Organigramms ausführt, sind der Bauverwaltung vier verschiedene Ressorts und Kommissionen zugeteilt. Das Baubewilligungswesen macht nur einen kleinen Teil der täglichen Arbeit aus. Hanspeter Schoop ist mit dieser Erklärung nicht zufrieden und beantragt, die Besoldung des hauptamtlichen Personals der Bauverwaltung auf die Basis Budget 2008 zuzüglich Teuerungsausgleichs von 2.7% zu reduzieren.

Da kein weiteres Votum diesbezüglich aus der Versammlung resultiert, wird über diesen Antrag abgestimmt.

**Beschluss:** Mit 64 bei 29 Gegenstimmen stimmt die Gemeindeversammlung dem Antrag von Hanspeter Schoop zu und verlangt die Reduktion der Besoldung des hauptamtlichen Personals der Bauverwaltung auf Fr. 240'000 (Basis 2008) zuzüglich 2.7% Teuerung.

Die Frage von Brigitta Kury, ob die Administration der Gemeinde-Homepage fremd vergeben wird, wird verneint. Die im Budget aufgeführten Kosten enthalten die jährlich wiederkehrenden Lizenzgebühren und sind entgegen dem Vorjahr separat neben den Kosten des Hofstetten-Flüh aktuell ausgewiesen.

Magdalena Bertele stellt fest, dass im Bereich Feuerwehr unter der Rubrik Geräte und Ausrüstungsmaterial gegenüber dem Vorjahr nahezu Fr. 10'000 weniger eingestellt sind. Dies sei am falschen Ort gespart. Bruno Benz kann diesbezüglich beruhigen. In den letzten zwei Jahren wurden umfangreiche Anschaffungen getätigt und daher fallen in diesem Jahr weniger Auslagen an.

Verena Anliker ist mit der Mehrbelastung bei den Betriebskosten Museum nicht einverstanden. Schlussendlich sei es nicht der Wunsch des Vereins, den Standort zu wechseln. Sie besteht daher darauf, dass die Mehrkosten der Bauverwaltung belastet werden. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass nicht der Betrieb des Museums mehr kostet, sondern dies auf die besonderen Umstände des Standortwechsels zurückzuführen ist. Trotzdem hält er an einer Splittung der Kosten fest.

Herbert Kuhn erkundigt sich, ob der Raum bereits zur Verfügung stehe und wie hoch die Miete sei. Im April haben Vertreter des Vereins Kultur und Geschichte den Saal beim Restaurant Belvedere besichtigt und für gut befunden. Der Gemeinderat hat sich für diese Lösung entschieden. Die jährlichen Mehrkosten für die Miete belaufen sich auf Fr. 4'000.

Im Sinne der Kulturförderung hat die Bevölkerung Verständnis für diesen Mehraufwand. Hans Oser folgt den Ausführungen von Verena Anliker und beantragt, den Betrag so zu belassen, jedoch der Bauverwaltung zu belasten.

Beschluss: Mit 34 zu 76 Stimmen wird dieser Antrag abgelehnt.

Ursula Beck möchte wissen, ob in Erwägung gezogen wurde, die ehemaligen Räume der Gemeindeverwaltung Bättwil zu mieten. Bättwil hat diese Liegenschaft verkauft.

Im Bezug auf die Hundesteuern bezweifelt Magdalena Bertele, dass alle Hunde ordnungsgemäss registriert sind. In der Einwohnerkontrolle sind die Hunde erfasst. Zudem muss die Verwaltung zuhänden des Veterinär-amtes eine Liste mit diversen Angaben (Rasse, Geschlecht, Farbe, Mikrochip etc.) erstellen.

Aufgrund der Finanzplanung 2009 – 2019 wurde festgestellt, dass die Gebühren der **Spezialfinanzierung Wasser** überarbeitet werden müssen. Gleichzeitig wurde die Rechnung der Abwasser- und Abfallentsorgung analysiert. Donat Fritsch informiert über die Beratung des Gemeinderates. Die Gebühren der Abwasser- und Abfallbeseitigung können gesenkt werden, ohne dass in den nächsten Jahren mit Verlust zu rechnen ist. Die Wasserversorgung ist jedoch mit den aktuellen Ansätzen längerfristig

stark defizitär. An der Sitzung vom 09. Dezember 2008 hat der Gemeinderat daher beschlossen die Gebühren wie folgt anzupassen:

	<b>neu</b>	<b>bisher</b>
Grundgebühr Wasser pro m <sup>2</sup> ZGF:	Fr. 0.60	Fr. 0.45
Verbrauchsgebühr Wasser pro m <sup>2</sup> ZGF:	Fr. 2.70	Fr. 1.90
Anschlussgebühr Wasser pro m <sup>2</sup> ZGF:	Fr. 80.00	Fr. 41.00
Grundgebühr Abwasser pro m <sup>2</sup> ZGF:	Fr. 0.60	Fr. 0.65
Verbrauchsgebühr Abwasser pro m <sup>2</sup> ZGF:	Fr. 1.70	Fr. 1.80
Anschlussgebühr Abwasser pro m <sup>2</sup> ZGF:	Fr. 72.00	Fr. 72.00
Kehrichtgrundgebühr:	Fr. 94.00	Fr. 110.00

Im Weiteren wird erläutert, dass die Gemeindesteuern der natürlichen Personen mit 11.5 Mio. eingesetzt worden sind.

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen betragen 3%, die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen 8% und die zusätzlichen 2%.

Im Jahr 2009 sind Nettoinvestitionen in der Höhe von 1,55 Millionen geplant.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 81%.

Da keine weiteren Voten seitens der Versammlung eingebracht werden, verliert D. Fischer-Ahr die Anträge gemäss Botschaft:

#### Beschlüsse:

1. Mit grossem Mehr wird der Teuerungsausgleich für das Gemeindepersonal auf 2.7% festgesetzt.
2. Mit grossem Mehr wird der um die Kosten der Besoldung des hauptamtlichen Personals der Bauverwaltung von Fr. 19'520 reduzierte Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2009 mit einem Aufwand von Fr. 16'766'100, einem Ertrag von Fr. 16'794'400 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 28'300 genehmigt.
3. Mit grossem Mehr und einer Gegenstimme wird der Voranschlag der Investitionsrechnung für das Jahr 2009 mit Ausgaben von Fr. 3'245'500, Einnahmen von Fr. 1'691'000 und einer Nettoinvestitionen von Fr. 1'554'500 genehmigt.

Zum Antrag betreffs Steuerfuss ergreift Paul Schönenberger das Wort. Er führt aus, dass sich die Ortspartei FdP intensiv mit den Sparbemühungen auseinandergesetzt habe. Sie legt Wert darauf, dass jeder Steuerfranken effizient gebraucht wird. Daher stellt sie sich auch die Frage: „Wurde alles in Betracht gezogen? Gibt es nicht noch andere Einsparmöglichkeiten?“ Die Steuereinnahmen der Gemeinde Hofstetten-Flüh sind von 1997 bis 2006, trotz Senkung des Steuerfusses (133% auf 126% und 119%), stetig gestiegen. Eine Senkung um zwei Steuerpunkte reduziert den Steuerertrag um Fr. 200'000.

Die FdP ist überzeugt, dass die Gemeinde auch mit einem tieferen Steuerfuss keinen Leistungsabbau betreiben muss und somit weiterhin

eine attraktive Wohngemeinde bleibt. Herr Schönenberger stellt Namens der FdP den Antrag, gemäss § 4 des Steuerreglementes, den Steuerfuss der natürlichen Personen von 119% auf 117% zu senken.

Aus Sicht von Bruno Benz ist diese Reduktion kosmetischer Natur. Für den Einzelnen hat diese Massnahme wenig Auswirkung – jedoch auf die Gemeinde. Ohne Steuersenkung kann die Gemeinde ein Eigenkapital von Fr. 6.5 Mio. äuffnen. Eine Senkung würde ab dem Jahre 2019 einen Substanzverlust bedeuten. Im Weiteren stehen die definitiven Auswirkungen der Steuerrevision des Kantons erst Mitte 2010 fest. Folgende Fragen muss sich die Gemeinde stellen: „Was erwartet uns in den nächsten Jahren aufgrund der Finanzkrise? Wollen wir das Raumkonzept wegen zwei Steuerpunkten gefährden?“ Diese Ausführungen wurden bereits angesichts der Budgetberatung im Rat geäussert und bewogen diesen, den Steuerfuss bei 119% zu belassen. Wendelin Steiger entgegnet, dass mit dieser Senkung nicht beabsichtigt sei die Umsetzung des Konzeptes zu gefährden, sondern die übrigen Ausgaben müssten entsprechend eingeschränkt werden.

Micha Obrecht, Präsident der Ortspartei CVP, erachtet diesen Antrag ein halbes Jahr vor den Wahlen als parteipolitischer Schachzug. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde noch Darlehensschulden hat. Mit einer Senkung des Steuerfusses werde die Fähigkeit der Gemeinde, Schulden zu tilgen verringert.

Ernst Buser verweist auf das Phänomen, dass Gemeinden mit einem niedrigen Steuerfuss stets Zuwachs erhalten und somit mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen haben.

#### Beschlüsse:

1. Der Antrag Paul Schönenberger, den Steuerfuss für natürliche Personen auf 117% zu senken, wird mit 51 zu 104 Stimmen abgelehnt.
  2. Der Antrag des Gemeinderates den Steuerfuss gemäss § 4 des Gemeindesteuerreglementes für natürliche Personen auf 119% und für juristische Personen auf 100% der ganzen resp. 100%igen Staatssteuer festzusetzen, wird mit 104 gegen 54 genehmigt.
- 
8. Bau- und Planungskommission: Genehmigung des Zusammenschlusses und der entsprechenden Änderung der Gemeindeordnung.

---

Nach dem Eintretensbeschluss informiert Deborah Fischer-Ahr über die Beweggründe des Zusammenschlusses. Aufgrund der vorgerückten Uhrzeit verzichtet sie auf eine Reproduktion der schriftlichen Grundlagen. Sie verweist auf die Botschaft, die allen zugänglich ist.

Auf die Frage von Christoph Wagner betreffend Einsparungen antwortet Deborah Fischer-Ahr, dass bisher zwei Kommissionen diese Aufgaben

verrichtet hätten. Künftig sei es nur noch eine.

Alfred Schneiter regt an, dass die Naturschutzkommission eine eigenständige Kommission sein sollte. Die Arbeitsgruppe Naturschutz soll die nötigen Abklärungen mit der Planungskommission treffen.

Beschluss: Mit grossem Mehr und zwei Gegenstimmen genehmigt die Gemeindeversammlung den Zusammenschluss der Bau- und Planungskommission auf die neue Amtsperiode 2009/2012 und stimmt den Änderungen der Gemeindeordnung unter den §§ 27, 29, 32 und 53 zu.

## 9. Verschiedenes

Deborah Fischer-Ahr verabschiedet aus dem Gemeinderat die Herren Gustav Hofer und Wolfgang Neuenschwander, unter Verdankung ihres Einsatzes, den sie im Interesse des Allgemeinwohls für die Einwohnergemeinde erbracht haben.

Per 31.12.2008 tritt der Feuerwehrkommandant, Dominik Schwyzer, von seinem Amt zurück. Auch ihm verdankt die Gemeindepräsidentin sein Engagement und Einsatz.

Durch die Neuregelung im Bereich der Papiersammlung wird Markus Kaiser entlastet. Für das langjährige Einsammeln der „Papierberge“ zusammen mit seiner Crew bedankt sich Deborah Fischer-Ahr herzlich.

Der Bürgerpräsident Markus Haberthür informiert kurz über die vorangegangene Bürgerversammlung. Die Idee des Zusammenkommens der Bürger- und Einwohnergemeinde wird vertieft geprüft werden.

Magdalene Bertele greift nochmals das Thema „Umzug Museum“ auf. Sie kritisiert die mangelnde Wertschätzung des Vereins Kultur und Geschichte und beschimpft den Bauverwalter.

Hans Bühler, Präsident des Vereins für Kultur und Geschichte, bestätigt, dass im Vorfeld einiges „an Staub aufgewirbelt worden sei“. Aber in Gesprächen mit den Behörden sei nun eine zufriedenstellende Lösung gefunden worden. Die Ausstellungen fänden künftig im Saal beim Restaurant Belvedere statt. Die Wertstatt bleibt weiterhin im Gebäude Neuer Weg 7.

Als Schlusspunkt der Versammlung lädt Deborah Fischer-Ahr alle Anwesenden zu einem Umtrunk im Foyer ein.

---

Schluss der Versammlung:

00.15 Uhr

Die Gemeindepräsidentin:

Die Gemeindeschreiberin:

Deborah Fischer-Ahr

Verena Rüger